

wollen Beständig und energisch auf den Aufgang der demokratischen Grundgedanken des Volkes hin.

Die französische Demokratie hängt eng mit Rousseauschen Ideen zusammen, mit den Ideen der Revolution, der Erklärung der Menschenrechte. — Wahlfreiheit und Volkssouveränität sind auch in ihrer Verfassung Grundgedanken. Bei dem Charakter des französischen Volkes, besonders in der Jugend, ist all das Grundlegende und Große dieser Ideen verankert. Maßstab muß nun sich zu dem Geist hindurcharbeiten, um dem französischen Volke gerecht zu werden. Es scheint den herrlichen Botspruch nicht zu fennen: „Die Furcht der Gerechtigkeit ist Friede.“

Nun treten wir als Bekenner der demokratischen Ideen und ihrer Ziele in die Arena der Wähler. Man hat uns angefaßt und verlagert als das rückständige Volk auf Gottes Erde, wenn betonte, daß die Feindschaft gegen uns verwickelnden Wählern die Prüfung vorzunehmen, ob Gerechtigkeit, Recht und Freiheit mochten. Nur so allein können wir zu einer Grundlage für einen Wählerbund, durch nichts anderes. Nur so allein wird die Demokratie die Herrschaft gewinnen, den tiefen ethischen Sinn der demokratischen Idee zum Durchbruch bringen. Es handelt sich nicht nur um die Form einer Verfassung, nicht nur um die Festlegung aller gewalttätigen und gesetzlichen Faktoren, es handelt sich um den Geist, mit welchem wir diese Form ihren Inhalt, erfüllen.

Unser ganzes Sein oder Nichtsein wird davon abhängen, ob folgende Persönlichkeiten nunmehr erwachen und zu handeln verstehen, um das deutsche Volk zu den Ideen der Freiheit und des Rechts zu erziehen.

Frankreichs Menschenverluste.

WTB. Bern, 12. Febr. Der „Temps“ veröffentlicht die französischen Menschenverluste, die durch den Krieg entstanden sind, auf zwei Millionen. Es sind in dieser Berechnung die französischen Kriegesverluste mit 1 1/2 Millionen an Toten und Verwundeten und der Ausfall an männlichen Geburten mit 600 000 veranschlagt. Im Jahre 1913 betrug der Geburtenüberschuß 17 366, im Jahre 1917 der Ausfall 209 838. Insgesamt betrug der Lebensverlust an Toten bei beiden Geschlechtern während der vier Kriegsjahre 888 100.

Besezung der Rheinprovinz bis Duisburg.

Das Pariser „Journal“ will wissen, daß die gegenwärtige Besetzungslinie der Entente um 50 Kilometer vorgezogen (bis Duisburg) werden soll und daß sich zwei Drittel des noch vorhandenen deutschen Geschützmaterials verlangt. Doch bemerkt daselbst Blatt, daß die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertretern Frankreichs und denen Italiens, namentlich anlässlich der Schaffung des Selbständigen Reichs nach beendigten Verhandlungen, noch nicht beigelegt sind.

Ferner meldet der „Nieuwe Courant“ aus Paris: Folgende Forderungen sollen für die neue Waffenstillstandsverlängerung aufgestellt werden: Die Besetzung von Essen a. d. Ruhr und des östlichen Teils der Nord- und Ostsee; weiterhin neben den militärischen Maßnahmen, für deren Durchfuhrung sich einsetzt, Maßnahmen kommerzieller und finanzieller Art. Die Entente hat diesmal nicht die Absicht, sich mit den Deutschen Waffenstillstandskommission ein-lassen zu lassen, sondern sie wird für die neue Unterhandlung des Deutschen Nationalparlamentes veranlassen und Welmar genaugen Zeit zum Studium des Dokumentes und zur Übernahme der Verantwortung geben.

„Bis zum letzten Atemzuge“.

Gegen Deutschlands Erniedrigung.

Der deutsche Außenminister, Graf Brockdorff-Rausau, bemitleidet dem Vertreter des „Matin“ eine Unterredung, in deren Verlauf die jüngsten Drohungen Vincencas und Clemencaus bezüglich Deutschlands Zukunft verurteilt wurden. Graf Brockdorff versichert, daß er bis zum letzten Atemzuge seine Kraft gegen Deutschlands Erniedrigung aufwenden werde und sich zu unerwarteter Hilfe aller deutschen Patrioten fügen werde. Er werde in folgenden Worten seine Meinung über die Geplante zusammenfassen:

„Ich glaube an eine Verweigerung aller Wähler, falls ein Reichstag zustande kommt, aber nur unter dieser Voraussetzung.“

Joch für harte Friedensbedingungen.

Berlin, 13. Februar. (Eigene Drahtnachricht.) Der Pariser Vertreter der „Nouvelles Revisions“ drachtet: Der Reichstag muß auf der Pariser Konferenz darauf aufmerksam, daß die deutsche Demobilisation keine Fortschritte gemacht habe. Deutschland habe ein Heer unter den Waffen, welches an Zahl wenig hinter dem von 1914 zurückstehe. Auch die U-Boote seien im jährlichen wie zu Beginn des Krieges. Man müsse Deutschland harte Friedensbedingungen auferlegen, denn sonst richte es sich wieder auf und erhalte sich von seiner Ueberreste.

Gegen die wiederholten Forderungen der Feinde.

Der Wille der Bevölkerung.

Berlin, 12. Febr. Unter der Ueberchrift „Neue Drohungen gegen Deutschland“ heißt es im „Vorwärts“: Es scheint, daß in Paris der Wille der Bevölkerung stärker ist als der Geist der Verantwortlichen, auf dem der Frieden der Welt und der Völkerverständigung angedacht werden soll. Unserer Waffenstillstandsdelegationen werden längere Verhandlung einleiten müssen, das man durch neue höhere Forderungen dem Frieden vorzuziehen und jetzt durch einseitigen Willen an den zu erreichen sucht, was sich durch die Friedensbedingungen nicht erreichen muß.

Wird jedem neuen Tausch, heißt es im „Vorwärts“, läßt sich die Entente ihre wuchernden Forderungen höher, obwohl sie weiß, daß Deutschland in so hohem Grade, um seine ausgebluteten Wunden zu heilen, kämpfen muß. Wir meinen, Deutschland ist an der Grenze erschöpft, wo es für jeden anderen Deutschen, auch gleich, welcher Partei, endlich stehen muß: Bis hierher und nicht weiter.

„Die „Händler“ fragt, wie lange noch soll die Besetzung des Landes mit den Feinden, bis wir zu den Friedensbedingungen kommen.“

Die Mehrereleiung ihre Zustimmung zu den zu erwartenden wirtschaftlichen Bedingungen der Entente von der besonderen Stellungnahme der Wehrleistungsart abhänig machen sollte, sei es: Die Kriegeszeit ist nur ein Vorläufer, der sich einmal im Gegensatz zu den bisherigen Waffenstillstandsbedingungen unter allen Umständen das erste Mal die Wehrleistung vorzubehalten, das von deutscher Seite zu lassen hat. Da indessen die Wehrleistungsbedingungen die neue Wehrleistungszeit gebildet sein wird, die sich aus den Wehrleistungsbedingungen zusammenfügt, so erübrigt sich eine besondere Besetzung der Wehrleistungen von selbst.

Die englische Hezypresse gegen Deutschland.

London, 12. Febr. (Neuter.) Bezugnehmend auf die Erneuerung des Waffenstillstandes drücken die heutigen Blätter ihre Ungnädigkeit mit der Haltung Deutschlands während des Waffenstillstandes aus und fordern Aufhebung aller weiteren Bedingungen.

„Times“ schreibt:

Es sind viele Anzeichen dafür vorhanden, daß das neue Deutschland den alten Geist, der nicht nur in den militärischen Untergang, sondern auch die wirtschaftliche Vernichtung seiner Nachbarn zum Ziele hatte, nicht abgelegt hat. Die Kennet deutscher Verhältnisse haben viel unheilvolle Anzeichen beobachtet, daß der Leopold seine Fäden nicht geändert hat, und haben den folgenden Beweis, daß Deutschland noch eifrig darauf bedacht ist, seinen Staat nach Osten fortzuführen.

„Times“ empfiehlt als Lösung dieser Frage eine baldige Erklärung der Alliierten über die endgültige Politik gegenüber Deutschland.

„Daily Mail“ schreibt:

Die Alliierten tun Schritte, um dem deutschen Wandler zu begegnen. Doch wird wahrheitsgemäß die Uebergabe der gesamten deutschen Artillerie, einer Demobilisationsbefehl und die Besetzung Essens fordern. Von Seiten der Marine wird die Auslieferung oder Zerstörung von 150 auf deutschen Werften beschlagnahmten Unterseebooten verlangt und den Deutschen nicht länger der Krieg (1) erlaubt werden, daß ihre Schiffe zur Verbringung der Alliierten“ führen.

„Daily Chronicle“ schreibt:

Deutschland darf nicht die feindliche Streitkräfte unterhalten. Es mag wahr sein, daß es nicht erfolgreich den Krieg an der Westfront erneuern kann. Es geht aber den Plan, die militärischen Kräfte an der Ostfront zu gebrauchen, um zu seinen Gunsten jene „fertigen Tatsachen“ zu schaffen, die, wie es heißt, seine demobilisierten Gegner nicht den Mut haben werden, umzutöten. Wenn es Erfolg hätte, würde es versuchen, von neuem die Grundlagen für seine militärische Vorherrschaft in Europa zu legen. Wir dürfen nicht abwarten, bis dieses Vorhaben ausgeführt ist. Wir müssen uns jetzt, um es ohne große Kraftanstrengungen möglich ist, dagegen stellen.

Die Soldatennurruhen in London.

Rotterdam, 11. Februar. Dem „Nieuwe Rotterdamse Courant“ zufolge melden die „Times“, daß bei den Soldatennurruhen in London u. a. ein Bureau an der Victoriastraße aufgeführt und die Schiffe in dem Automobil des Generalmajors Fleming eingeschlagen wurden. Als die Mannschaften auf der Sorle Guards-Barade versammelt waren, kam eine Anzahl Heeresautomobile, um sie nach Hause zu fahren. Die Soldaten weigerten sich aber, nach Hause zu fahren.

Das Regierungsprogramm.

Berlin, 13. Febr. Ueber das Regierungsprogramm heißt es in einem Bericht des „Vorwärts“: Ein neues Volkstheater soll auf demokratischer Grundlage aufgebaut werden. Ein Institut, das das Werkstoffe an der Tätigkeit der Soldatenräte mit übernimmt, ohne jedoch dadurch die Disziplin und Leistungsfähigkeit der Truppen zu gefährden, ist vorgesehen. In der Außenpolitik soll auf möglichst raschen Friedensschluß und auf die Gründung des Völkerverbundes hingearbeitet werden. Seine Kolonien und seine Kriegesangelegenheiten verlangt Deutschland zurück. Am Freitag wird nach einem kurzen Finanzgespräch des Reichsfinanzministers Schiffer die politische Parteidebatte beginnen, in der zunächst die Vertreter der Opposition das Wort erhalten sollen.

Die Ausfahrungen in Duisburg.

Duisburg, 12. Febr. Große Ausfahrungen ereigneten sich heute nachmittags in Duisburg, wo eine tausendköpfige Menge gegen den Befehl der Stadterordneten, eine 5. Vierteljahrssatzung zu erheben, demonstrierte. Der Oberbürgermeister, der vom Balkon des Rathhauses eine Ansprache an die Menge richtete, ebenso wie der Führer der Duisburger Kommunistenpartei wurden niederschrien. Dann drangen die Demonstranten in das Rathaus ein, holten unter Mißhandlungen des Oberbürgermeisters und den Bureau direktoren heraus und zwangen beide, im Zuge mitzugehen und abweichend eine misshandelte rote Fahne zu tragen. Später wurden die Kommunisten wieder freigelassen. Anordnungen der Demonstranten drangen in die Gassen, wozu die Gasse hinaus und erzwangen die Schließung der Polizei. Den Straßenbahnführern wurden die Schlüssel fortgenommen, so daß der Straßenbahnverkehr auf einige Stunden zum Stillstand kam. In den Abendstunden kamen einige Pländerungen vor. Das Gerichtsfängnis wurde gleichfalls von den Demonstranten geöffnet, sämtliche Anwesen sind freigelassen worden.

Wiederherstellung der Ruhe in Duisburg.

WTB. Duisburg, 13. Febr. Die Ruhe in Duisburg wurde durch Sicherheitswehr wiederhergestellt. Sie machte von der Waffe Gebrauch, wobei ein 50jähriger Mann durch einen Brustschuß schwer, eine Frau leicht verletzt wurde. Eine weitere Verletzung der Stadtpolizei wurde eine weitere Verletzung.

rung der Gefährdung wurde berichtet. Unter den freigelassenen Gefangenen befinden sich mehrere bedürftige Einbrecher und Straßenräuber sowie Unterdrückungsangehörige, die wegen Mordes und Raubmordes ihrer Bestrafung entgegengehen.

Hindenburgs Ankunft in Kolberg.

Zur Ankunft Hindenburgs in Kolberg gellern nachmittag war die Stadt reich besetzt. Der Magistrat, die Behörden und das Militär hatten Vertreter zur Begrüßung zum Bahnhof geschickt.

Drohung mit dem Eisenbahnerstreik im Osten.

Landesrat, W. 12. Februar. Der Ausschuss der Eisenbahnen der Eisenbahndirektion Bromberg hat, wie die hiesige „Neumärkische Zeitung“ erzählt, an den Reichsminister, den Reichsminister, die Nationalversammlung, die Oberste Verwaltung und an das Oberkommando des Heeres einen Antrag gestellt, in denen er darüber Beschwerde führt, daß der Eisenbahnerstreik im Osten, insbesondere im Eisenbahndirektionsbezirk Bromberg, völlig unzureichend sei. Der Ausschuss bezieht in demselben und ausweisenden militärischen Schatz. Das Telegramm schließt wie folgt:

„Es ist zum 15. Februar nichts Anstrengendes zum Schutze des Ostens, dem ostpreussischen Deutschland geschien, so langt mit Ablauf dieser Zeit die gesamte Eisenbahnbestandschaft, die sich der Folgen wohl bewußt die Arbeit nieder.“

75000 Mark erfres.

Wülheim, 12. Februar. Bei der hiesigen Reichsbankstelle erschienen während der Geschäftzeit ein Mitglied und andere Beauftragte des Soldatenrats und erzwangen unter Androhung von Gewalt im Belegungsfall die präventive Auszahlung von 75 000 Mark als Sühngeld für die Sicherheitsmannschaften, ohne daß eine ordnungsmäßige Anweisung zur Zahlung vorlag oder ein Gutachten vorhanden gewesen wäre.

Deutsches Reich.

Heraus mit den Waffen!

Gotha, 12. Februar. Der Gotharer Arbeiter- und Soldatenrat ist vom Volksbeauftragten Koste aufgeführt worden, die an die Unabhängigen verteilten Schusswaffen binnen kurzer Zeit zurückzugeben. Infolgedessen werden nunmehr die Arbeiter zur Aufhebung der Waffen veranlaßt.

Ueberführte Berlin-Schweiz.

Wie die „Frankfurter Zeitung“ erzählt, planen die Juppelwaffen für den Herbst 1919 die Einrichtung des Juppelwerks Berlin-Schweiz, wozu ein letzter Juppelwerk gebaut wird.

Aus dem braunschweigischen Zollhaus.

Braunschweig, 11. Febr. Der Kongreß zur Gründung einer Westdeutschen Republik fand heute vormittag nach zehntägiger Tagung seinen Abschluß. Wie das „Amtsblatt“ berichtet, entspricht das Ergebnis des zweiten Kongresses den Erwartungen. Die Grundlagen für eine Westdeutsche Republik seien demnach gelegt. Die Aussprache brachte mit wenigen Ausnahmen das volle Einverständnis mit dem Zusammenfluß der westdeutschen Gebiete zu einer einheitlichen Staat an gegen die „Konterrevolution“ und zu einer Macht für die Durchführung der sozialen Revolution zum Ausdruck. Die reichsweitigen Arbeiterfreie beherrschende einflußreiche Kampfgemeinschaft. Die Arbeitermassen seien entschlossen, bei Kampf um die Grundgesetze der Revolution bis zum äußersten zu kämpfen und im Notfall den wirtschaftlichen Kampf in den verschiedensten Formen aufzunehmen.

Der Kongreß beschloß eine Zentralstelle in Gagen zu errichten für die Zusammenfassung der W. und S. Räte Westdeutschlands und „unabhängig drei Kommissariate zu bilden, welche die gemeinrechtlichen Fragen zu erledigen und insbesondere auch die Errichtung einer Volkswehr sofort in die Wege zu leiten haben. Nachdem die Kommissariate die Vorarbeiten erledigt haben, wird ein neuer Kongreß stattfinden.“

Zu dem Streik in den Berliner Warenhäusern.

an dem etwa 5 000 organisierte Arbeiter und 20 000 launmännliche Angestellte beteiligt sind, teilen die Wähler mit, daß das launmännliche Personal zum größten Teil der Uebernahme des Dienstes geneigt sei, daß aber die Aktionären jetzt Oberwasser hätten.

Provincial-Nachrichten.

Wien (Kreis Döllach), 12. Febr. (Für den Volksbund u. a. Schung der deutschen Arbeiter und Arbeiterangehörigen) Zweiggruppe für Halle und den gesamten Regierungsbezirk Merseburg, Vorsitzender Herr Titze, hatte heute Oberinspektor Brömann und seine unvermeidlichen Helfer und Helferinnen in Gießen, Wehrlich, Wehrlich, Wehrlich, Schwabe, Wieneke, Robus, Unenwig, Radwin innerhalb der letzten 2 Tage im Kreis Döllach über 500 Mitglieder der Arbeitervereine. Die Angehörigen aller politischen Parteien wollen zum Schutze unserer kriegsgefährdeten Landsleute beitragen. Es ist dies geradezu vorbildlich und recht erfreulich, da in auch unser bedauernswertes kriegsgefährdeten deutschen Vaterland allen Vorkommen angehören. Der Volksbund wird in Anerkennung dessen am Sonntag, den 16. d. Mts., im Saalbau in Gießen eine große allgemeine Kundgebung anstellen, in der die Angehörigen aller politischen Parteien willkommen sind. Die Angehörigen aller politischen Parteien sollen die Mitglieder der Arbeitervereine und die für die Kriegsgefährdeten des kriegsgefährdeten Vaterlandes kommen. Scherzhaft ist die dieser Veranstaltung freudiglich einzuholen.

Berlin, 12. Februar. (Der am 11. d. Mts. abgegebene Generalerlass) hat Dröbel für dieses Reich, um bei Bedarf nach Bedarf zu gewinnen, von der Militärverwaltung zu landwirtschaftlicher Benutzung zugegeben worden. Eine weitere Freigabe für die folgenden Jahre des noch laufenden Vertragsvertrages der Ermägung vorbehalten. Man kann demnach rechnen, daß etwa 500 Familien die in Süd- und Ost- und West-Preußen als Nachland erhalten werden.

Stettin, 12. Februar. (Mit dem Umbau) des hiesigen ehemaligen Schlosses des zu Anfang des 17. Jahrhunderts als Residenz für die Brüder des regierenden Grafen Karl Günther diente, um Rathaus, ist vorige Woche erworben worden. Die wertvollsten antiken bühnen Gebäude, das der Hauptfront des Schlosses, sind, ist bereits übergeben.

